



Die Kommunisten würden den Gründer des sowjetischen Geheimdienstes, Dzerschinski, gern wieder aus der Versenkung holen. IMAGO

# Die Sowjetzeit soll glänzen

Unter Russlands Präsident Wladimir Putin wird die Geschichte neu geschrieben

Von Mandy Ganske-Zapf

Das Denkmal des „Eisernen Felix“, des Chefs der berühmtesten sowjetischen Geheimpolizei Felix Dzerschinski, es hatte so gut wie keinen Kratzer abgekommen, als es im August 1991 von seinem angestammten Platz entfernt wurde. Bis dahin hatte der Koloss mehr als drei Jahrzehnte an der Lubjanka gestanden, vor dem Hauptquartier des KGB, dem Sitz des heutigen Inlandsgeheimdienstes FSB. Im neuen Russland fristet es sein Dasein abgestellt in einem Park. Anderenorts hat man die Büsten der kommunistischen Helden schlicht versenkt – wie vor der Krim, wo sie nun eine Taucherattraktion sind.

Geht es nach den Kommunisten in Russland, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die alten Denkmäler wieder in vollem Glanz erstrahlen sollen. Gerade haben sie mehr als 150.000 Unterschriften gesammelt und ein entsprechendes Referendum ist geplant. Zu verdanken haben sie diesen Erfolg Präsident Wladimir Putin.

Seit Beginn seiner dritten Amtszeit 2012 kultiviert Putin die Sowjethistorie wie einen Bedienladen für seine Politik und macht sie zur Projektionsfläche für die Zukunft. Kern ist noch immer der Sieg über Hitlerdeutschland als identitätsstiftendes Moment. In der Ukraine-Krise und mit Blick auf den Krieg im Donbass, bildet Russland in dieser Vorstellung wie einst das Sowjetimperium die Vorhut gegen Faschismus und Zerfall. Der Garant für Stabilität heißt Putin. Damit hat das gesamte Land eine revisionistische Tendenz erfasst.

An die Spitze dieses Trends aber setzen sich allzu oft die ewig Gestrigen, Kommunisten und Neostalinisten. Wie jetzt in Moskau mit dem Ruf nach dem „Eisernen Felix“, dem Mann, der das Zwangsarbeitslagersystem aufbauen ließ, das später unter der Abkürzung Gulag bekannt geworden war. Im Laufe seiner Geschichte waren etwa 30 Millionen Frauen, Männer und auch Kinder Gefangene dieses Systems.

Bis heute aber ist der stalinische Terror in Russland kaum aufgearbeitet. Für die einen ist Stalin ein Verbrecher, für die anderen ein Modernisierer, manchmal beides gleichzeitig. Eine Umfrage des unabhängigen Lewada-Zentrums aus dem Frühjahr zeigt ein zutiefst gespaltenes Verhältnis der Russen zum einstigen Machthaber. Rund jeder Dritte zollt Stalin als Staatslenker Respekt, fast jeder Zweite assoziiert seinen Tod zugleich mit dem Ende von Terror und Massenrepressionen.

Putins Kurs aber drängt die Frage auf, wie es um den künftigen Umgang mit der Terrorgeschichte des Landes bestellt ist. Gerade zerfällt ein ursprünglich groß angelegtes Programm zur Würdigung der Opfer von Repression, das Putin einst selbst genehmigt hatte. Während in Moskau zwar tatsächlich der Entwurf für das erste staatliche Mahnmahl ausgelobt wurde, brach im Hinterland eine zentrale Säule in den Plänen der Menschenrechtler weg. Das Gulag-Museum „Perm-36“, ein von Aktivisten wiederaufgebautes Lager für politische Gefangene am Ural hatte jahrelang Aufklärung geleistet, bis die Nichtregierungsorganisation da-

hinter entmachtet wurde. Ihren Gegnern galt sie schon lange als Nestbeschmutzer, erst im Fahrwasser des neuen Putin'schen Kurses fanden die jedoch die Möglichkeiten für ihren Angriff.

Die Ankündigung zur Ausstellung unter der neuen staatlichen Leitung versprach aufzuklären, wie Zwangsarbeiter zum Sieg im Zweiten Weltkrieg beigetragen haben. Wie sie Millionen Handgranaten herstellten, Soldatenstiefel produzierten oder Straßen bauten. Bis vor kurzem waren noch Schulklassen dorthin gefahren, um etwas über Menschenrechte zu lernen. Nun lernen sie, wie Repressionen gerechtfertigt werden.

In dieser Woche nun wurde ein neues Konzept für ein breit angelegtes Präsidenten-Programm verabschiedet. Es sieht vor, dass Denkmäler gefördert und der Zugang zu Archivmaterial ausgeweitet werden soll. Allerdings sieht es danach aus, als soll die Schreckens-Zeit als ein Baustein in der Entwicklungsgeschichte der Sowjetunion und Russlands dargestellt werden. Als ob das neue Russland so nicht geworden wäre, hätte es düstere Kapitel nicht gegeben.

Nur noch wenige versuchen, die sowjetische Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten. Sie werden zugleich übertönt von jenen, die

im Stile der sowjetischen Diffamierung Oppositionelle oder Kritiker der Ukraine-Politik anfeinden. In diesen Tagen kommen zudem die ersten Geschichtsbücher für die Schule in den Handel, die nach einem neuen kulturpolitischen Standard erarbeitet worden sind, einem, der „frei von inneren Widersprüchen“ sein solle.

Unter dieser Direktive hatte Putin die Arbeit an den Büchern in Auftrag gegeben.

Für Historiker ist so ein Einheitsgeschichtsbuch ein Symptom der aktuellen Politik. Geschichte wird zu einem mächtigen politischen Instrument.

„Iwan der Schreckliche, Peter der Erste und Josef Stalin haben nicht ein großes Russland aufgebaut, sondern grundverschiedene Ziele verfolgt“, kritisiert der renommierte Historiker Nikita Sokolow in einem Zeitungsinterview. Er gehört zu einer neu gegründeten Historischen Gesellschaft mit mehr als 100 Mitgliedern, die gegen die staatliche gelenkte Geschichtsschreibung halten wollen.

Dieser Ansatz in der ganzen politischen Debatte – nicht nur das Buch – verhindere den Diskurs über die Vergangenheit, den Russland so dringend brauche, sagen Historiker. „Es herrscht ein kalter Bürgerkrieg zwischen den Anhängern einer autoritären und einer offenen Gesellschaft. Deshalb können wir uns nicht einigen, ob Stalin Held oder Verbrecher war.“

Es herrscht ein kalter Bürgerkrieg zwischen Anhängern einer autoritären und Anhängern einer offenen Gesellschaft.

Nikita Sokolow,  
russischer Historiker

## BND-Mann angeklagt

Verdacht auf Spionage für CIA und Russland

Die Bundesanwaltschaft hat Anklage wegen Landesverrats gegen einen ehemaligen Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) erhoben, der für die USA und Russland spioniert haben soll. Der 32-jährige Markus R. werde beschuldigt, seit 2008 Informationen an den US-Geheimdienst CIA geliefert zu haben, teilte die Behörde am Donnerstag in Karlsruhe mit. Er habe zahlreiche dienstliche Dokumente an die Amerikaner weitergegeben und dafür mindestens 95.000 Euro erhalten. Mitte 2014 habe sich R. auch dem russischen Geheimdienst angeeignet und dem russischen Generalkonsulat in München drei Dokumente übergeben.

Die Anklage lautet auf Landesverrat in zwei Fällen, Verletzung des Dienstgeheimnisses und Bestechlichkeit. Der Beschuldigte arbeitete nach Angaben der Bundesanwaltschaft seit Dezember 2007 für den BND und erklärte sich bereits wenig später zur Zusammenarbeit mit der CIA bereit. Vom Mai 2008 bis zu seiner Festnahme im Juli 2014 sei er in der Abteilung „Einsatzgebiete Auslandsbeziehungen“ eingesetzt gewesen. Dort habe er die Post verwaltet sowie vertrauliche Dokumente archiviert. Die Informationen, die er der CIA verkaufte, gäben Aufschluss über die Aufklärungstätigkeit des BND sowie die personelle Zusammensetzung der betroffenen Abteilung des Geheimdienstes. rtr

## Wieder Tote in Ukraine

Verhandlungen in Berlin

Im Ukraine-Konflikt sind bei Kämpfen zwischen dem Militär und prorussischen Separatisten mindestens vier Soldaten der Regierung getötet worden. 14 weitere seien verletzt worden, teilte Präsidentschaftssprecher Alexander Motusjanik am Donnerstag in Kiew mit. Die Aufständischen hätten weiter schwere Waffen wie Raketenwerfer eingesetzt, sagte er. Solches Kriegsgeschehen soll nach dem im Februar vereinbarten Minsker Friedensplan eigentlich von der Front abgezogen werden. Die Separatisten berichteten ihrerseits über mindestens drei Verletzte bei Beschuss durch die Armee.

Über die Umsetzung des Friedensplans berieten in Berlin Rechtsexperten aus Deutschland, Frankreich, der Ukraine und Russland. Die Gespräche seien schwierig aber konstruktiv verlaufen, zitierte die Agentur Interfax russische Diplomatenkreise. Die Experten wollten vor allem über eine geplante ukrainische Verfassungsreform sprechen, die unter anderem den Regionen mehr Autonomie einräumt. Vor allem Nationalisten kritisieren die Novelle, denn sie befürchten Gebietsabspaltungen und lehnen eine politische Beteiligung der Aufständischen ab. dpa